

**Ecarts entre niveaux de vie: trop injuste**

Même si revenu disponible et niveau de vie augmentent, l'écart entre riches et pauvres ne devient pas plus petit à Luxembourg, c'est ce qu'on peut lire dans le dernier bulletin "Population & emploi". Le revenu disponible moyen net des ménages (salaire après impôts et contributions sociales, capital, prestations familiales et revenus de remplacement additionnés) est bien en croissance constante et a atteint le seuil relativement élevé de 3.726 € par mois. Mais les différents indicateurs renvoient à une légère augmentation des inégalités entre 1999 et 2000. Les politiques de transfert et de redistribution du gouvernement dans les dernières années n'ont donc pas vraiment apporté plus d'égalité dans les porte-monnaie. L'image est classique: ceux et celles qui gagnent le plus au boulot sont aussi les personnes qui disposent des revenus du capital les plus élevés; les ménages au bas de l'échelle du revenu sont aussi ceux qui doivent le plus recourir à des revenus de remplacement comme le RMG ou l'allocation de chômage. Parmi les formes de ménages, ce sont les familles monoparentales et les familles nombreuses dont le niveau de vie est le plus bas. Sur l'échelle d'âge, ce sont les ménages dont la personne de référence est âgée entre 50 et 59 ans, qui ont le niveau de vie le plus élevé. Enfin, la nationalité a son rôle à jouer: les ménages portugais et non européens ont le niveau de vie le plus bas.

**Aktionstag statt Wahlkampfshow**

Unter dem Motto "Politikwechsel statt Wahlkampfshow!" ruft das deutsche "attac"-Netzwerk gemeinsam mit fünf Gewerkschaftsjugendverbänden zu einem Aktionstag am 14. September in Köln auf. Im Kontext der anstehenden Bundestagswahl erwartet "attac" erhöhte Sensibilität, auch für außerparteiliche "emanzipatorische" Politik. "Die etablierten Parteien haben sich - mit unterschiedlicher Ausprägung - der neoliberalen Marktlogik unterworfen", lautet der Vorwurf auf der homepage.

Geplant sind unter anderem Kundgebungen zu verschiedenen Themen globaler sozialer Gerechtigkeit und die symbolische "Enterung des Schiffes des Reichtums" auf dem Rhein durch die Gewerkschaftsjugend. Auch Forderungen nach Entmilitarisierung der Außenpolitik erhalten ein Forum: Das "Netzwerk Friedenskooperative" bietet als Unterstützer des Aktionstages eigene Aktionen und Vorträge. Um 14.30 Uhr findet eine gemeinsame Demonstration statt. Wer dann noch nicht müde ist, gönnt sich die Abschlusskundgebung mit Redebeiträgen und den Bands "Die Firma", "Brings", "Reamonn", "Such A Surge", "Brothers Keepers", "D-Flame" und "Sammy De Luxe". Nähere Information gibt es unter [www.attac-netzwerk.de/149/](http://www.attac-netzwerk.de/149/).

**Umweltfreundlicher Personennahverkehr**

Was hat der Ohrekreis bei Magdeburg mit den Städten Freiburg, Hannover und Saarlouis gemeinsam? Alle vier verfügen über einen vorbildlichen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Ohrebus Verkehrsgesellschaft, die Kreisverkehrsbetriebe Saarlouis, die Freiburger Verkehrs AG sowie die Üstra Hannoveraner Verkehrsbetriebe wurden diese Woche vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) ausgezeichnet. Beim ersten ÖPNV-Umweltanking des VCD stehen sie ganz oben. Dies teilte der Verkehrsclub am vergangenen Dienstag mit. Die vier Unternehmen wiesen demnach in den untersuchten Kategorien - "Angebot und Nachfrage", "Betrieb Bus & Bahn", "Umweltmanagement" - ein insgesamt vorbildliches Management auf. Bei der Fortführung des Rankings sollen nach den Worten von VCD-Projektleiter Michael Müller vor allem die Kommunen einer Umweltprüfung unterzogen werden. Bei ihnen gebe es noch einigen Nachholbedarf. "Künftig kommt es darauf an, dass Städte und Kreise entsprechende Vorgaben für die Umwelt- und Angebotsqualität bei der Ausschreibungen der Verkehrsleistungen formulieren." Wie würde wohl der Luxemburger ÖPNV abschneiden? In Sachen Kundenangebot und Umweltfreundlichkeit dürfte es auch hier gewaltig Nachholbedarf geben.

**DROGENPOLITIK****Koordination angesagt**

**Wenn schon nicht im Umgang mit leichten Drogen, so scheint sich doch in Luxemburg in der Suchthilfe für Abhängige von harten Drogen etwas zu tun. Der Jahresbericht der "Jugend- an Drogenhölle" zeigt: Neue Konzepte sind in der Umsetzung.**

(rw) - Neben den vom Gesundheitsministerium veröffentlichten wissenschaftlichen Studien zur Toxikomanie in Luxemburg bietet der Jahresbericht der "Jugend- an Drogenhölle" einen wertvollen Überblick zu den konkreten Entwicklungen im Bereich der Behandlung Drogenabhängiger. Der vor einigen Wochen erschienene Jahresbericht 2001 verdeutlicht, dass im Bereich der Drogenhilfe so manches in Bewegung ist.

**Toxikomanie kaschiert tieferliegende Probleme**

Zum ersten, was die Konzepte der Hilfe an sich betrifft: "Komorbidität" heißt ein Schwerpunktthema des Berichts. Hinter dem Begriff versteckt sich die Tatsache, dass Drogenabhängige neben ihrer Sucht oft andere, psychische Probleme mit sich herumschleppen. "Zweitkrankheiten" wie Persönlichkeitsstörungen, Schizophrenie, Angstzustände, Depressionen oder Essstörungen deuten darauf hin, dass Menschen nicht "einfach so" zu Drogen greifen, sondern dass es sich beim Drogenkonsum oft um eine Art Selbstbehandlung handelt, - allerdings mit rein symptomatischer und oft verschlimmernder Wirkung. Dass es gerade in der Biographie von Toxikomanen verstärkt traumatische Kindheitsereignisse wie Missbrauch, Gewalt, Vernachlässigung Heimerfahrung etc. gibt, zeigt wie

wichtig eine psychosoziale Betreuung Drogenabhängiger ist. Leider, so im Bericht zu lesen, liegen mit dem Ausland vergleichbare Studien für Luxemburg nicht vor. Klar ist aber auf jeden Fall, dass medizinische Langzeitbehandlungen, zum Beispiel mit Methadon, nur die Basis für eine psychotherapeutische Arbeit liefern, die sich auch mit den anderen psychischen Störungen der Abhängigen befasst. Laut einer Psychologin der "Jugend- an Drogenhölle" gelingt es den KlientInnen meist aus eigenen Kräften, ihre Abhängigkeit in den Griff zu bekommen. Bei anderen dagegen kaschiert die Auseinandersetzung mit der Toxikomanie oft tiefer liegende Probleme - und ihr Umfeld macht dabei oft mit: "La famille semble également préférer se fixer sur la toxicomanie comme cause de tous les malheurs plutôt que d'ouvrir l'angle de vue sur des difficultés d'ordre psychiatrique." Abstinenzversuche sind zum Scheitern verurteilt, weil in diesen Phasen die psychischen Störungen oft unerträglich werden.

Wenn die Drogenhilfe sich verstärkt an diesen Erkenntnissen orientieren soll, ist natürlich ein Ausbau der psychotherapeutischen Angebote dringend notwendig. Sowohl an Arbeitskräften wie an adäquaten Strukturen mangelt es aber weiterhin, notiert der Bericht, genauso wie an Notaufnahm- und Entzugsmöglichkeiten in den Kliniken oder

an psychiatrischen Behandlungsmöglichkeiten. Das therapeutische Angebot ist ebenfalls auszubauen und zu fächern: Paarbehandlungen, spezifische Angebote für Frauen, Jugendliche oder Homosexuelle gibt es zum Beispiel in Luxemburg noch kaum.

**Wann kommt die Fixerstube?**

Neben dem mangelnden therapeutischen Angebot geht der Bericht aber auch auf die alltägliche Lebenssituation der Toxikomanen ein. In einem Interview mit Gesundheitsminister Carlo Wagner kommt der "Drogen-Aktionsplan 2000-2004" des Gesundheitsministeriums zur Sprache. Notschlafstelle, Injektionsraum und kontrollierte Heroinverschreibung stehen auf dem Programm, sind aber bislang noch nicht konkret umgesetzt. Beispiel Injektionsraum: Das Projekt sei vom Regierungsrat genehmigt, die Finanzierung abgesichert, so Carlo Wagner. Für den Bau sei aber die Bauverwaltung zuständig, die bereit sei, "schnell zu handeln". Geplant ist in diesem Programm auch der Ausbau betreuter Wohnprojekte sowie der Substitutionsbehandlung.

Eine wichtige geplante Neuerung geht ebenfalls aus dem Interview hervor: Unter der Federführung des Gesundheitsministeriums soll eine nationale Koordination aller im Bereich der Drogenhilfe arbeitenden Träger zustande kommen. Der bestehende "service d'action sociothérapeutique" soll dabei zu einer "Division de la médecine sociale et de la toxicomanie" umgewandelt werden.

**(T)EURO****Vor dem Euro sind nicht alle gleich**

**Auf der Reise durchs Euroland verringert die Einheitswährung den Sommerurlaubsstress. Der Verdacht des Teuros aber bleibt, und der Wert der Waren ist längst nicht überall derselbe.**

(dw) - Aufrunden oder genau umrechnen? Bei der Umstellung auf den Euro am 1. Januar 2002 entschied man sich in dieser schwierigen Frage vor allem im Gaststättengewerbe gerne für die erste Variante. "Eine Preiserhöhung war längst überfällig", so die oft vorgebrachte Rechtfertigung. Und: "Der Gast wird's nicht merken", war die Hoffnung vieler Hotel- und RestaurantbesitzerInnen. Doch nachdem sich die erste Freude über die niedrigeren Zahlen auf den Speisekarten gelegt hatte, rechneten viele nach - und siehe da, für den Humpen oder die Pizza musste man zwar nur wenige von den neuen Euro hinlegen, umgerechnet jedoch mehr Geld als vor der Währungsumstellung investieren.

Ein Trend, der EU-weit festgestellt und mittlerweile durch statistische Erhebungen belegt werden kann. In Luxemburg haben die Banque Centrale du Luxembourg und der Stateg die Entwicklung von über 7.000 Preisen untersucht. Fazit: Der Übergang zum Euro machte in der Periode von Januar bis Mai diesen Jahres rund 0,4 Prozentpunkte am "Indice des prix à la consommation national" (IPCn) aus. Um wieviel

Prozent die Produkte teurer wurden, lässt sich im Einzelnen schwer nachweisen, da viele Faktoren die Höhe des Preises beeinflussen. Fest steht jedoch, dass der Euro-Effekt sich am stärksten in der Lebensmittelbranche sowie in der Gastronomie niederschlug.

Beim Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC) in Brüssel gingen auch ein halbes Jahr nach Einführung der Einheitswährung massenweise Beschwerden über Preiserhöhungen im Euroland ein. Vor allem in Österreich, Griechenland, Irland, Italien, den Niederlanden und Spanien berichteten VerbraucherInnen über teurere Speisen und Getränke in Restaurants und Cafés. Höhere Arzt- und Krankenhausrechnungen wurden in Irland, Frankreich und Italien beklagt.

"Der konkreteste Nutzen des Euro für Verbraucher könnte darin bestehen, dass die Gebühren für nationale und grenzübergreifende Zahlungen gleichgesetzt werden", so BEUC-Sprecher Jim Murray über einen möglichen positiven Euro-Effekt. Doch auch hier wurden die Erwartungen der KonsumentenschützerInnen enttäuscht. Denn spätestens im Sommerurlaub mussten viele EuropäerInnen erleben, dass der Euro im Portemonnaie die Geldtransaktionen am Ferienort zwar erleichtert, sich der Spaß mit der neuen Währung jedoch in Grenzen hielt. Laut Untersuchungen des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) in Kiel kostet das Benutzen der Geldautomaten im

Ausland immer noch vergleichsweise viel, zahlreiche europäische Banken verlangen zwischen drei und vier Euro pro Abhebung. Dies obwohl seit 1. Juli eine EU-Verordnung in Kraft ist, die niedrige Gebühren vorschreibt. Auch Überweisungen zwischen EU-Mitgliedstaaten sind weiterhin sehr kostspielig. Hier soll eine weitere Richtlinie ab 1. Juli 2003 für einheitliche Gebühren sorgen.

Ob Teuro oder nicht, fest steht, dass der Euro nicht dafür gesorgt hat, dass jeder EU-BürgerIn bei sich zu Hause gleich viel für dieselbe Euromünze bekommt. In ihrem Julibericht weist die Europäische Zentralbank auf zum Teil erhebliche Preisunterschiede in der Eurozone hin. Die Tasse Kaffee zu Hause am Frühstückstisch kostet den irischen Haushalt viermal so viel wie den deutschen, für einen Kasten Mineralwasser muss in Finnland viermal so viel auf die Ladentheke gelegt werden wie in Spanien. Diese Unterschiede würden in erster Linie durch die unterschiedlichen Einkommensniveaus verursacht, so die EZB. In den USA beispielsweise sei jedoch die Streuung der Preise geringer als in der Eurozone. Als mögliche Ursache dafür nennt der Monatsbericht die Behinderung beim grenzüberschreitenden Warenaustausch im Euro-Raum. Als Störfaktoren werden unter anderem staatliche Beihilfen, unterschiedliche Steuersysteme und der Mangel an Flexibilität auf den Arbeitsmärkten aufgezählt.

